

● Flugblatt an Hamburger Studenten

● Senator appelliert an die Vernunft

Vorsicht - der Krawall

nützt nur Kriminellen

Von Walter Krug und
Eva Kohlrusch

Hamburg, 8. Februar

Mit einem Appell zur Mäßigung wandte sich Bürgermeister Drexelius gestern in der Hansestadt an die rund 18 000 Studierenden. Der Schulsenator in einem Flugblatt: „Wir brauchen keine Polizei, wenn wir sicher sein können, daß die Freiheit von Forschung, Lehre und Geist ungefährdet ist.“

Drexelius betont noch einmal den Standpunkt des Senats, der entschlossen ist, mit der gleichen Härte die Freiheit zu verteidigen und die Gewalt zu bekämpfen. Er hob hervor: „Die Universität steht weder unter Sonderrecht noch unter Privilegien.“

Die Studenten ermunterte er, bei aller Leidenschaftlichkeit nüchtern und besonnen zu bleiben und vor allem zu differenzieren. Denn inzwischen müsse jedem klar geworden sein, daß die Studenten ungewollt auch Kriminellen Vorschub geleistet hätten.

Im gleichen Sinn fordert Senatsdirektor Dr. Meins den ASTA auf, sich sofort von aller Gewalt zu distanzieren und alle Studenten aufzurufen, von Gewalt und „Besetzungen“ Abstand zu nehmen.

Unterstützung haben die Studenten inzwischen bei eini-



Schulsenator Drexelius

gen Hochschullehrern gefunden, die feststellen, daß Fehler auf allen Seiten begangen wurden. In seinem offenen Brief an den Senat zählen die Professoren Dr. Steffani, Dr. Eoeder, Dr. Fischer und der Privatdozent Dr. Demert die Fehler auf.

● Die Fakultäten haben die Reform zu lange verzögert und dadurch die politischen Instanzen in Zugzwang unter Zeitdruck gebracht.

● Die Wahlenthaltung eines großen Teils der Studenten kann nur als hochschulpolitische Resignation oder unverantwortliches Desinteresse gedeutet werden.

● Unbedachte Handlungen einzelner haben einige Mitglieder des Lehrkörpers wie Innen- und Schulbehörde dazu verleitet, mit vorschnellen Entscheidungen oder unangemessener Härte zu reagieren.

Nachträglich ist es immer leicht, einige Maßnahmen kritisch zu beurteilen.

Im Rathaus ist man nicht geneigt, diesen Brief als einen konstruktiven Beitrag zum Abbau des Konfliktes zu werten, da die „einseitige Betrachtung der Ereignisse nicht zur Beruhigung der Atmosphäre beiträgt“.

Eine weitere Schlappe mußten die Studenten gestern abermals vor dem Verwaltungsgericht hinnehmen. Es wies ihre Klage auf Wiedereröffnung des Philosophenturms aus formalen Gründen ab. Die Klage war gegen Fakultät, Uni und Schulbehörde gerichtet.

Abgelehnt hat inzwischen auch Prof. Schneider vom Literaturwissenschaftlichen Seminar die Schließung des Turmes. Er hält den Polizeieinsatz für falsch und betont, Dozenten und Studenten seien den „aktuellen Bedrängnissen“ gewachsen gewesen. Institutsbesetzungen „mit ihrem fatalen Mechanismus von Gewalt und Gegengewalt“ werden von ihm abgelehnt.

Der „Parteilpolitik“ gibt die Hamburger FDP die Schuld an der Zuspitzung an der Hamburger Uni. „Die Störungen wären vermieden worden, wenn nicht Parteigoismus die Diskussion der fortschrittlichen FDP-Entwürfe zum Uni-Gesetz bis heute immer wieder verhindert hätte“, heißt es.

Letzte Meldung:

Gestern Abend kam es kurz vor 22 Uhr wieder zu Krawallen auf dem Universitätsgelände. Diesmal waren die Studenten aber weder auslösendes Element noch überhaupt beteiligt.

Nach Darstellung der Polizei versuchten Rocker, den Philosophenturm, der auf richterliche Anordnung hin gesperrt und mit Polizei besetzt ist, zu stürmen. Dabei gingen mehrere große Glasscheiben durch Steinwürfe zu Bruch.

Die Polizei konnte einige der Rocker stellen und ihre Personalien ermitteln. Den meisten Unruhestiftern gelang es aber, unerkannt zu flüchten. Gegen 22.30 Uhr herrschte auf dem Uni-Gelände wieder Ruhe.

Die Staatliche Pressestelle kommentiert diesen offenen Brief mit der Feststellung: